

„GROSSE ZELTE“

ENTWICKLUNGEN AMERIKANISCHER „VOLKSPARTEIEN“ UND
MÖGLICHE RÜCKSCHLÜSSE FÜR DIE DEUTSCHE DISKUSSION

Martin Thunert

AMERIKANISCHE „VOLKSPARTEIEN“ ALS „GROSSE ZELTE“

Die Unterschiede zwischen amerikanischen und europäischen bzw. deutschen Parteien wurden in deutschsprachigen Darstellungen des amerikanischen politischen Systems immer wieder herausgestellt.¹ Die deutschsprachige Fachliteratur – aber nicht nur sie – charakterisiert die beiden großen Parteien der USA – Demokratische Partei und Republikanische Partei – häufig als Wahlvorbereitungsmaschinen, die weniger klar ideologisch ausgerichtet seien, sondern verschiedenen Gruppierungen einfach nur als Vehikel zur Interessendurchsetzung und zur Wahl in öffentliche Ämter dienen. Dies bringe es mit sich, dass die US-Großparteien in sich sehr viel heterogener seien als europäische Traditionsparteien. US-amerikanische Parteien erscheinen nicht als bürokratisch durchorganisierte, allgegenwärtige gesellschaftliche Institutionen, sondern als lockere Bündnisse regionaler und lokaler Aktivisten, die vor allem Kandidaten aufstellen und Wahlen gewinnen wollen. Das primäre Interesse der nordamerikanischen Großparteien sei nicht die programmatische Innovation oder die Pflege geselligen Parteilebens, sondern die Organisation von Herrschaft und die

Herstellung von strukturellen (Wähler-)Mehrheiten auf Zeit. Inhaltlich würden die Parteien eher mit Wahlkampfplattformen als mit Grundsatzprogrammen an die Öffentlichkeit treten. Das Ziel beider Großparteien sei es, pragmatisch eine heterogene Wählerschaft unter einem großen Zeltdach zu vereinen. Die formelle Mitgliedschaft sei ebenso unbekannt wie Parteibücher oder obligatorische Mitgliedsbeiträge.

Diese Lehrbuchdarstellung amerikanischer Parteien ist nicht falsch, aber ergänzungsbedürftig, da sie zwar deren Schwächen benennt, aber den Regenerierungspotentialen der großen US-Parteien zu wenig Aufmerksamkeit schenkt. Manche Krisenphänomene deutscher Volksparteien lassen sich in den USA beobachten – so etwa die Entfremdung gegenüber dem politischen System –, andere wiederum nicht – wie etwa der auf unter 40 Prozent absinkende Wähleranteil. Die Beziehungsstörung zwischen Bürgern und Parteien drückte sich in den USA primär durch Wahlabstinenz, gelegentlich auch durch ein Erstarken von Protestbewegungen und Protestparteien aus – sie vollzieht sich aber auch durch innerparteilichen Wandel. Ähnliche Rahmenbedingungen für Parteien auf beiden Seiten des Atlantiks sind gestiegene Anforderungen an das Regieren sowie die „Belagerung der Politik durch die Medien und durch Vetospieler“.² Der folgende Beitrag untersucht den gegenwärtigen Wandel der amerikanischen Großparteien der Demokraten und Republikaner auf unterschiedlichen Ebenen und richtet im letzten Teil das Hauptaugenmerk auf deren Revitalisierungspotentiale und mögliche Rückschlüsse für die deutsche Diskussion.

TYOLOGISIERUNG, SELBSTVERSTÄNDNIS UND ENTWICKLUNGEN DER AMERIKANISCHEN „VOLKSPARTEIEN“

Das Selbstverständnis der großen Parteien der USA ist mit der Metapher des „großen Zeltens“ (*big tent*) am anschaulichsten beschrieben. Dieses Selbstverständnis kommt dem der Allerweltpartei (*catch-all-party*), das als nordamerikanische Entsprechung des Typus der „Volkspartei“ gilt, sehr nahe.³ Früher als in Deutschland und Kontinentaleuropa – etwa seit den 1960er Jahren – ordneten die amerikanischen Parteien ihre Wahlkämpfe den massenmedialen Produktionsgesetzen unter und professionalisierten die Wahlkampfführung sowie die politische Kommunikation unter den Aktivisten und mit der Wählerschaft. Die durch das gewaltenteilige Präsidentsystem der USA induzierte Kandidatenzentrierung des

politischen Wettbewerbs trug ein Übriges dazu bei, den politischen Wettbewerb der Allerweltparteien in Richtung personalisierter und symbolisch inszenierter Wahlkämpfe zu drängen. Daher schien es folgerichtig, die amerikanischen „Volksparteien“ dem Typus der „professionellen Wählerpartei“ zuzuordnen.⁴

Ebenfalls deutlicher und früher als die europäischen Volksparteien verfolgten die amerikanischen Allerweltparteien ein traditionell eher ideologiefreies Stimmenmaximierungskonzept, das sich aufgrund von Wahlrecht und Parteiensystem stets am Medianwähler orientierte. Eine Positionierung etwas links oder rechts des Medianwählers würde ausreichen, um sowohl die Mitte als auch die jeweiligen Ränder des politischen Spektrums zu mobilisieren. In der Tat verfügten in den USA sowohl die Republikaner als auch die Demokraten über „traditionalistisch-konservative“ und „progressive“ Parteiströmungen. So bestanden die US-Demokraten über Jahrzehnte nicht nur aus sozialdemokratisch orientierten, linksliberalen und gewerkschaftlich gebundenen Anhängern, sondern besaßen einen primär in den Südstaaten beheimateten sozial-konservativen Parteiflügel sowie landesweit eine unternehmerfreundliche Parteiströmung. Umgekehrt beinhaltete das „Zelt“ der Republikanischen Partei insbesondere im Nordosten der USA und im Westen beheimatete Wähler und Kandidaten, die vor allem in sozialmoralischen Fragen, aber auch bei Themen wie Umweltschutz und Einwanderung deutlich andere, liberalere und progressivere Akzente setzten als die Parteimehrheit. Moderate Republikaner standen konservativen Demokraten somit weitaus näher als den konservativen Mehrheitsvertretern ihrer Partei. Dies galt umgekehrt etwa auch für militärpolitische Falken der Demokraten, die mit republikanischen Außenpolitikern besser zurechtkamen als mit dem friedensbewegten Flügel der eigenen Partei.

Gegen die in den Nachkriegsjahrzehnten zutreffende Charakterisierung der US-Großparteien als programmatisch eher konturlose Allerweltparteien spricht heute die empirisch eindeutig belegbare gestiegene weltanschauliche und parteipolitische Polarisierung der politischen Amtsträger in den USA und ihres medial-kommunikativen Umfeldes. Die politisch-programmatischen Auffassungen der Kongressmitglieder liegen heute weiter auseinander als zu jedem anderen Zeitpunkt seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.⁵ Entsprechend „parteitreu“ wurde das Abstimmungsverhalten der Kongressmitglieder, das in den USA als sehr guter Indikator für Polarisierung taugt, da es im gewaltenteiligen Präsidentsystem

system keine institutionelle Notwendigkeit für Fraktionsdisziplin gibt. Beobachter sahen die parteipolitische Szene der USA vor einer Rückkehr zu rigideren Weltanschauungsparteien, die von vergleichsweise radikalen Aktivistenkernen getrieben werden. Damit korrespondiert die insbesondere im Präsidentschaftswahlkampf 2004 auf Seiten der Republikaner sichtbare Strategie, weniger die so genannten „Wechselwähler“ anzusprechen, als die eigenen Anhänger zu mobilisieren.⁶

Die amerikanischen Volksparteien sind weniger schwache als hochkomplexe und lernende Gebilde. Die politische Landschaft der USA wird seit Beginn des 21. Jahrhundert trotz der großen Zahl als „unabhängig“ registrierter Wähler nahezu exklusiv von den Anhängern, Wählern und gewählten Vertretern der beiden großen Parteien bestimmt. Der Stimmenanteil für unabhängige Kandidaten „dritter“ Parteien bei Präsidentschaftswahlen, der in den Jahren von 1992 bis 2000 zwischen 19 und vier Prozent lag, ist 2004 in den Promillebereich zurückgegangen.⁷ Unterhalb der „großen Zelte“ beider Parteien verbergen sich indes jeweils drei bis vier Strömungen bzw. Koalitionen von Anhängern und Wählern sowie jeweils ein weiteres Dutzend Untergruppierungen. Ein Teil dieser Strömungen macht die Stammwählerschaft der Partei aus, andere fühlen sich weniger der Partei und ihren Kandidaten als Sachthemen verbunden und sind für die jeweils andere Partei potentiell gewinnbar. Aus den inneren Auseinandersetzungen dieser Parteiströmungen resultieren die Chancen der in den Vorwahlen antretenden Kandidatinnen und Kandidaten für den Präsidentschaftswahlkampf 2008 sowie die politische Ausrichtung der Parteien im Kongress und auf dem Wahlparteitag. Die Integrationskraft eines Kandidaten bzw. einer Kandidatin der diversen Strömungen sowie über die Ränder der Partei hinaus beeinflusst wiederum die Mobilisierungschancen der Präsidentschaftskandidaten. Um den vielfältigen Dimensionen der US-Volksparteien gerecht zu werden und um vorschnellen Pauschalisierungen von Teilentwicklungen entgegenzuwirken, ist es sinnvoll, Stärken und Schwächen unterschiedlicher Erscheinungsformen („Gesichter“) der beiden Parteien zu analysieren.

DIE DREI GESICHTER AMERIKANISCHER PARTEIEN

Bei der Organisationsanalyse unterscheidet die europäische Parteienforschung unter anderen zwischen den Ebenen Parteilite, Parteimitgliedschaft und Wählerschaft.⁸ Für die Analyse der US-amerikanischen Parteien ist diese Unterscheidung nur begrenzt tauglich, da sich die Partei-

mitgliedschaft in Ermangelung von Parteibüchern und Mitgliedsbeiträgen nicht sauber von der sich durch entsprechende Angaben bei der Wählerregistrierung zur Partei bekennenden Wählerschaft unterscheiden lässt. Sinnvoller ist daher die von Katz und Mair eingeführte Unterscheidung von unterschiedlichen Erscheinungsformen der Institution politische Partei. Zu den drei Gesichtern der Parteien gehören erstens die Mandatsträgerpartei, zweitens die Partei an der Basis und drittens der Parteiapparat.⁹ Um die amerikanischen Bezeichnungen zu verwenden: Mit *party-in-public-office* sind die Mandatsträger der Partei in Fraktionen und parlamentarischen Gruppierungen sowie in Exekutivfunktionen gemeint. Die *party-on-the-ground* ist die „Partei an der Basis bzw. in der Anhängerschaft“, worunter man die Gliederungen der lokalen und regionalen Basis, der Geldgeber, der registrierten Wähler sowie der befreundeten Interessengruppen und Bewegungen versteht. Schließlich die *party-in-central-office*, was die Parteizentrale(n), die Spitzenfunktionäre und die Parteiapparate mit einschließt.

Die Mandats- und Amtsträgerpartei

Die überwältigende Mehrheit aller Kandidaten für politische Wahlämter auf Bundes- und Landesebene wird von großen politischen Parteien nominiert. Im Falle der gewählten Kandidaten bestehen auf Bundesebene, d.h. in beiden Kammern des US-Kongresses, bis zu 98 Prozent aller Amtsinhaber aus Kandidaten der beiden größten Parteien der USA. Ein wichtiges, wenngleich umstrittenes Volksparteikriterium, wonach eine im Parlament vertretene Partei dieses Typus das Potential besitzen müsse, etwa 40 Prozent der Wähler und/oder der Mandate zu erreichen, erfüllen die US-Mandatsträgerparteien mit Leichtigkeit. Das in den USA fast ausschließlich zur Anwendung kommende relative Mehrheitswahlrecht in Einerwahlkreisen kommt der Herausbildung großer inklusiver Volksparteien auf der Ebene der Mandatsträgerpartei sehr entgegen. Nur die großen „Parteizelte“ der Republikaner und Demokraten in den USA können glaubhaft den Eindruck verhindern, dass eine Stimmabgabe für sie Verschwendung ist. Nur die großen Parteien können in einem Bundesstaat kontinentalen Ausmaßes wie den USA die hohe finanzielle und organisatorische Hürde einer Kandidatenpräsenz im gesamten Land überwinden.¹⁰

Die Gefahr einer Erosion der Mandatsträgerparteien durch Abspaltungen und Ausgründungen ist in der mehrheitsdemokratischen Kultur Nordame-

rikas somit grundsätzlich geringer als in den gemischten Wahlsystemen der meisten europäischen Demokratien. Der Anreiz zur Ausgründung neuer Parteien ist nur im Falle der Chance auf regionale Hochburgenbildung groß, während er im Falle von ideologischem und programmatischem Dissens eher gering ist.¹¹ Dagegen ist der Anreiz, programmatische und weltanschauliche Konflikte innerhalb der Strukturen des großen Parteizettes auszutragen, statt sich abzuspalten, vergleichsweise hoch.

Ein erster Faktor, der den Anreiz zum innerparteilichen Konfliktaustrag erhöht, ist das Institut der Vorwahlen, die es nicht nur bei der Auswahl der Präsidentschaftskandidaten, sondern auch für die Kandidatenaufstellung zum Kongress gibt. Parteiströmungen und Einzelpersonen mit abweichender Meinung bietet sich durch die Aufstellung entsprechender Kandidaten die Chance auf Gehör und im günstigen Fall sogar auf Sieg. Reine Hinterzimmerkarrieren führen im amerikanischen Parteiensystem aufgrund des Wahlrechts und der Institution der Vorwahlen nicht zu einem politischen Mandat. Parteikarrieren ohne direkten Erfolg bei den Wählern, wie es sie in Deutschland als Landeslistenkarrieren ohne direkten Wählerkontakt vermehrt gibt, sind in den USA so gut wie ausgeschlossen.

Weitere Faktoren begünstigen den innerparteilichen Konfliktaustrag ideologischer und programmatischer Differenzen sowie persönlicher Rivalitäten: Im gewaltenteiligen System der USA herrscht auf der Ebene der Mandatsträgerpartei nur ein schwach ausgeprägter Fraktionszwang, da der Machterhalt des Präsidenten nicht von einer Parlamentsmehrheit abhängig ist. Das Abweichen eines Mandatsträgers von der Abstimmungsposition der Fraktionsführung ist in den USA dann auch wiederholt möglich, solange die Wählerbasis des abweichenden Abgeordneten diese Haltung mitträgt.

Da sowohl die USA als auch Kanada für die zweite Parlamentskammer das Senatsprinzip gewählt haben, sind die Spitzen der Einzelstaats- und Provinzregierungen nicht direkt in die Entscheidungsfindung auf nationaler Ebene eingebunden. Dies bedeutet, dass die Landesparteien sowohl programmatisch als auch personell nur lose mit der Partei auf Bundesebene verbunden sein müssen. So gibt es zum Beispiel in den USA starke programmatische Überschneidungen zwischen liberal-konservativen Demokraten aus dem Rocky Mountain-Westen mit den gemäßigten

Republikanern des Nordostens und erhebliche innerparteiliche Differenzen zwischen den Südstaatenrepublikanern (religiös-konservativ) und den Parteilgliederungen des Nordostens (moderat). Die programmatische Elastizität der US-Volksparteien ermöglicht somit die Akzeptanz regionaler Abweichungen von der Linie der Bundespartei.¹²

Die Bindungskraft der Mandatsträgerpartei hat sich paradoxerweise durch den Prozess der Re-Ideologisierung der „Fraktionen“ im Kongress seit den späten 1990er Jahren deutlich erhöht. Die Kongressfraktionen der Demokraten und Republikaner waren programmatisch und weltanschaulich noch nie weiter voneinander entfernt als zwischen 1998 und 2006.¹³ Im Süden der USA verloren konservative weiße Demokraten ihre Mandate an zumeist konservative Republikaner, im Nordosten des Landes wurde das politische Überleben gemäßigter Republikaner immer schwieriger. Was die Geschlossenheit und die Schlagkraft der Fraktionen im Kongress erhöht, könnte indes den Zeltcharakter der beiden großen Parteien gefährden.¹⁴

Die Mandatsträgerpartei besitzt zwei Machtzentren: Das erste Machtzentrum bilden die Fraktionsführungen in Repräsentantenhaus und Senat im Zusammenspiel mit den Vorsitzenden wichtiger Ausschüsse insbesondere dann, wenn die Partei Mehrheitsstatus besitzt und damit den „Sprecher“ (*speaker*) des Repräsentantenhauses bzw. die Ausschussvorsitzenden stellt. Ausschussvorsitzende und Fraktionsführung kommen zunehmend aus sehr sicheren und politisch einseitig strukturierten Wahlkreisen und Bundesstaaten. Da die Wiederwahlquote konservativer Republikaner und linksliberaler Demokraten sehr hoch ist, besteht für die Führung der Mandatsträgerpartei weder ein Kompromisszwang mit der Gegenseite, noch besitzt dieses Machtzentrum der Parteien über Erfahrung im Umgang mit politischen Kompromissen. Das zweite Machtzentrum der Mandatsträgerpartei sind die strategischen Wahlkampfausschüsse in Senat und Repräsentantenhaus. Das Hauptinteresse der Führungen der Wahlkampforganisationsteams gilt nicht weltanschaulicher Reinheit, sondern pragmatisch der Rekrutierung aussichtsreicher Kandidaten für unsichere und daher kompetitive Wahlkreise. Wählbarkeit und Gewinnchancen werden zum Hauptkriterium bei der Kandidatensuche. Mit dieser pragmatischen Zielsetzung geraten die Kampagnenverantwortlichen im Kongress nicht nur in einen latenten Prioritätenkonflikt mit den politisch einseitigeren Fraktionsführungen, sondern mit dem Kern der aktivsten Gruppierungen der Parteibasis.

In der Mandatsträgerpartei besteht somit ein latenter Konflikt zwischen denjenigen, die über sichere Wahlkreise verfügen oder in Bundesstaaten mit klaren strukturellen Mehrheiten leben einerseits und den Repräsentanten politisch umkämpfter Wahlkreise und Regionen sowie Amtsträgern, die auf nationale Ämter wie die Präsidentschaft schauen, andererseits. Erstere haben einen hohen Anreiz, auf die Aktivisten innerhalb ihrer Anhängerschaft zu hören, um innerparteiliche Gegenkandidaturen bei den Vorwahlen zu verhindern und tragen somit zur Verankerung der Mandatsträger in der Anhängerschaft, aber auch zur Re-Ideologisierung der Partei bei.

Die Partei an der Basis: Die Wähler- und Anhängerpartei

Zur „Partei an der Basis“ gehören in den USA aufgrund fehlender formalisierter Mitgliedschaft mit Parteibuch neben den für die Partei registrierten Wählern insbesondere die Aktivisten, Geldgeber und die sich stark mit einer Partei identifizierenden Stammwähler. Jüngst kommt noch der medial-kommunikative Komplex im Umfeld der Partei – bestehend aus der Infrastruktur parteinaher Medien, Zeitschriften, Think-Tanks, Beratern und Consulting-Firmen, Lobbyisten und der Blogosphäre – hinzu. Eine Krise der amerikanischen „Volksparteien“ oder zumindest einer der beiden Parteien müsste sich insbesondere anhand dieses Parteiengesichts ablesen lassen.

Parteien insgesamt und große, integrative Parteien im Besonderen werden für das Funktionieren der repräsentativen Demokratie als unerlässlich angesehen, aber sie werden von den Bürgern der entwickelten Demokratien als politische Institutionen nicht geschätzt.¹⁵ Dieser Befund galt und gilt auch für die USA. Die dortigen Parteien wurden vom allgemeinen Vertrauensverlust in politische Institutionen, der sich für die Periode zwischen 1960 und 2000 mühelos nachweisen lässt, voll erfasst. Dies lässt sich nicht zuletzt an der Wahlbeteiligung in den USA seit dem Zweiten Weltkrieg ablesen: Zwischen den 1930er und 1960er Jahren bewegte sich die Wahlbeteiligung auf nationaler Ebene auf Werten deutlich oberhalb von 60 Prozent. Mitte der 1960er Jahre kam es zu einem Absinken der Wahlbeteiligung auf Werte um die 50 Prozent bei Präsidentschaftswahlen und kaum mehr als 40 Prozent bei Kongresswahlen. Dieser Trend hielt bis zu den Wahlen im Jahr 2000 an. 2004 beteiligten sich etwas mehr als 56 Prozent der wahlberechtigten Amerikaner an den Präsidentschaftswahlen. Von den registrierten Wählern beteiligten sich

1964 noch 94 Prozent, 1983 75 Prozent und 2000 nur noch 67 Prozent an den Präsidentschaftswahlen.¹⁶

Inwieweit schlug die Wahlabstinentenkrise auf die Wählerunterstützung für die Großparteien durch? Amerikanische Wahlberechtigte müssen sich registrieren lassen, um an Wahlen teilnehmen zu können. Sie können sich als Demokraten, Republikaner oder „Unabhängige“ registrieren lassen. Zwei Drittel aller Registrierten melden sich für eine der beiden Großparteien an, was ihnen das Recht einräumt, bei den „geschlossenen“ Vorwahlen und Parteiversammlungen ihrer Präferenzpartei teilzunehmen. Bei den so genannten „offenen“ Vorwahlen können auch die als „Unabhängige“ registrierten Wähler teilnehmen. Als Beleg für die These vom Bedeutungsverlust der beiden Großparteien galt stets der zwischen 1964 und 1976 stark ansteigende und seitdem konstante Anteil der sich selbst als „Unabhängige“ einschätzenden Wähler¹⁷. Zwischen 1964 und 1976 stieg deren Anteil von 23 Prozent auf 37 Prozent und steht heute bei knapp unter 40 Prozent. Dieser Anteil ist größer als der beider Großparteien: Als Republikaner identifizieren sich demnach 33 Prozent und als Demokraten 28 Prozent. Je nach Deutung der Datenlage zur Parteidentifikation und der Wählerregistrierung lässt sich die These aufstellen, die Bindungskraft amerikanischer Großparteien habe „an der Basis“ in einem ähnlichen Maße nachgelassen wie die deutscher Volksparteien aufgrund rückläufiger Mitgliedschaft. Lediglich das aufgrund des Wahlrechts mangelnde Angebot ernsthafter Drittparteien in den USA, so die Krisendeutung der Daten, zwingt die überwiegende Mehrheit der Wählerschaft dazu, sich unter eines der beiden großen Parteizelte zu begeben, ohne sich allerdings unter diesen Dächern wohlfühlen.

Eine alternative Deutung setzt am tatsächlichen politischen Verhalten vieler „Unabhängiger“ an, das in den USA strukturierter und parteinaher ist, als die obigen Zahlen vermuten lassen.¹⁸ Zieht man von knapp 40 Prozent der „Unabhängigen“ diejenigen ab, die einer der beiden Parteien zuneigen, ohne sich voll mit ihr zu identifizieren, bleibt ein Rest von nur zehn Prozent wahrhaft ungebundener und permanent unentschiedener Wähler. Mit anderen Worten: Nahezu 90 Prozent der amerikanischen Wählerschaft identifiziert sich entweder stark mit einem der beiden „Parteizelte“ oder ist einem zumindest grundsätzlich zugeneigt. Das tatsächliche Wahlverhalten der einer Partei zuneigenden Wähler unterscheidet sich kaum von dem der sich schwächer mit einer Partei identifizierenden Wähler. Der Anteil der „wahrhaft unabhängigen“ Wähler, die

keiner der beiden Parteien auch nur zuneigen, war 1976 mit 15 Prozent auf dem Nachkriegshöhepunkt und nahm bis 2004 auf knapp 10 Prozent ab. Bei den sich identifizierenden oder zuneigenden Wählern bezeichneten sich 2004 49 Prozent als Demokraten und 41 Prozent als Republikaner. Für die Demokraten war dies im Vergleich zu den „goldenen Zeiten“ der 1960er Jahre ein Rückgang um fünf bis acht Prozent, für die Republikaner bedeutet es einen faktischen Gleichstand seit der Reagan-Ära. Allerdings erwiesen sich die republikanisch orientierten Wähler seit den 1980er Jahren als zuverlässiger, was die Stimmabgabe für republikanische Kandidaten angeht, als die demokratischen Anhänger.

Für die amerikanischen Volksparteien besteht die strategische Aufgabe weniger in der Rückgewinnung von Mitgliedern, sondern in der Registrierung und Mobilisierung von ihnen zuneigenden Wählern sowie im Gewinn einer kleineren Gruppe von parteipolitisch ungebundenen Wählern.

Die Partei an der Basis hat durch das Institut der Vorwahlen (siehe unten) deutlich an Einfluss gewonnen, nicht zuletzt dadurch, dass sich die inoffizielle und die offizielle Vorwahlphase zeitlich immer weiter ausdehnt, während die Phase des „heißen Wahlkampfes“, in der die Rolle der Parteiorganisation deutlicher hervortritt, zeitlich gleich bleibt. Ein weiterer Grund für den Einflussanstieg der Parteienhängerschaft ist die reformierte Wahlkampffinanzierung in den USA, die den Kandidatenwahlkampf einerseits stärker reglementiert, es aber andererseits den mit der Partei oder mit den Parteigliederungen „befreundeten“ Unterstützerguppen erlaubt, finanziell nahezu unbegrenzt für ihre Anliegen zu werben, was die so genannten „527-Gruppen“ in der Regel in Gestalt negativer Wahlwerbung ausgiebig tun. Schließlich revolutioniert das Internet die Logik und die Praxis des Spendensammelns. Tausende von Kleinstspenden können gebündelte Großspenden weniger Spender durchaus kompensieren, was die Chancen von charismatischen Außenseitern oder populistischen Parteirebellen bei den Vorwahlen deutlich erhöht.

Die Parteiorganisation

Die traditionelle Parteiorganisation mit der Parteiführung oder dem „Partei-Establishment“ an der Spitze, die ihr Fundament bis in die 1970er Jahre in den lokalen „Parteimaschinen“ auf der Bezirksebene (*precinct*) hatte, wurde durch die Einführung von Vorwahlen und durch bessere Ressourcenausstattung der Amtsträgerpartei sowie durch den Wegfall

von Patronagemöglichkeiten zunächst deutlich geschwächt. Seit den 1980er Jahren werden auch in allen Kommunen der USA Stellen nach dem öffentlichen Dienstrecht besetzt, was die Patronagemöglichkeiten zumindest eingrenzt. Zweitens werden rund 75 Prozent aller kommunalen Mandate durch weitgehend parteifreie Wahlen, d.h. durch die Kandidaturen parteiloser Bürger (analog zu den Freien Wählern) besetzt. Drittens wurde die Rolle der lokalen Parteiorganisation als Transmissionsriemen in die Anhängerschaft durch die Einführung des Fernsehens und später des Internets obsolet. Die Ansprache der Anhängerschaft geschah durch audiovisuelle Medien.

Heute spielen die lokalen Parteiorganisationen bei der Wahlkampfführung eine wichtige Rolle, werden aber von zentralisierten Wahlkampfbüros auf einzelstaatlicher und nationaler Ebene koordiniert. Die Parteiorganisation auf Einzelstaatsebene (*Democratic or Republican Central Committee*) hat ebenfalls einen spürbaren Bedeutungswandel erfahren. Waren sie früher Einrichtungen der Wählermobilisierung, so sind sie heute vor allem im Wahlkampfmanagement und bei der Ausbildung von Aktivisten tätig. Machtvoller als jemals zuvor sind heute die wichtigsten nationalen Parteiorganisationen: Auf der Ebene der Mandatsträgerpartei sind dies die bereits oben genannten jeweiligen Wahlkampfkomitees beider Volksparteien im Repräsentantenhaus und im Senat. Auf der Ebene der Parteiorganisation geht es um die *Republican* (RNC) und *Democratic* (DNC) *National Committees* in Washington D.C. An deren Spitze steht der *party chair*, der aber nicht mit dem deutschen Parteivorsitzenden identisch, sondern mit einem sehr machtvollen Generalsekretär und obersten Parteimanager vergleichbar ist. Im Gegensatz zu den Wahlkampfkomitees der Mandatsträger kümmern sich DNC und RNC nicht nur um die Wiederwahlchancen von Amtsträgern und die Auswahl geeigneter Kandidaten für öffentliche Wahlämter, sondern insbesondere um die Entwicklung der Parteiinfrastruktur und des Parteiumfeldes zwischen den Wahlzyklen sowie um die politische Kommunikation der Partei. RNC und DNC wirken innerparteilich in erster Linie über ihre logistischen und kommunikativen Dienstleistungsangebote. Insbesondere ressourcenschwache Kandidaten und solche, die in Hochburgen der Gegenpartei leben und antreten wollen, sind von den Dienstleistungen der nationalen Parteiorganisation in hohem Maße abhängig. Zwischen der nationalen Parteiorganisation und den Mandatsträgervertretungen kann es insbesondere bei der Verteilung von Ressourcen hin und wieder zu Ziel- und Mittelkonflikten kommen.

BEISPIELKRAFT UND REGENERATIONSQUELLEN AMERIKANISCHER „VOLKSPARTEIEN“

Das amerikanische Beispiel zeigt, dass – gestützt durch das relative Mehrheitswahlrecht – parteipolitische Zersplitterung kein unabwendbares Schicksal moderner Politik sein muss, sofern sich die großen Parteien als „große Zelte“ und „Sammlungsparteien“ verstehen und einzelnen Strömungen, Gliederungen und Einzelkandidaten faire Artikulations- und Mitwirkungschancen einräumen. Diesbezüglich wirkten beide Parteien, zuletzt die Demokratische Partei mehr als die Republikanische Partei, inspirierend für Parteizusammenschlüsse in Staaten mit zersplitterter Parteientradition wie Italien oder Frankreich.

Auch die generellen Funktionen moderner Parteien in der Mediengesellschaft erfüllen die US-Volksparteien gut. Die amerikanischen Zeltparteien verstehen es durchaus, verschiedene gesellschaftliche „Interessen zu sammeln und in einer systemkompatiblen Form zusammenzubringen“.¹⁹ Auch als Transmissionsriemen in die Gesellschaft werden die US-Parteien aufgrund fehlender formalisierter und zahlender Parteimitgliedschaft vielfach unterschätzt.

Keine Mutation zur Kartellpartei

Eine besondere Stärke amerikanischer Volksparteien könnte darin liegen, dass keine Mutation zu einem in der Fachliteratur kontrovers diskutierten Parteitypus – zur etatisierten Kartellpartei – auszumachen ist.²⁰ Die Zuordnung der US-Parteien zum Typus der Kartellpartei dürfte sehr fragwürdig sein, wenn man die „Verstaatlichung“ der Parteien zum Hauptcharakteristikum einer Kartellpartei macht.²¹ Das liegt zunächst an der amerikanischen Variante der Politikfinanzierung, die gemeinhin weder demokratietheoretisch noch praktisch als vorbildlich gilt. Die Einnahmen der amerikanischen Parteien basieren anders als in Kontinentaleuropa nicht auf einem Drei-Säulen-Modell aus Mitgliedsbeiträgen, staatlichen Zuwendungen und Spenden. Letztere spielen in den USA eine dominante Rolle, erstere sind nicht existent. Eine umfassende staatliche Alimentierung der Parteien durch staatliche Parteienfinanzierungssysteme ist in den USA unbekannt. Es existiert in den USA allerdings die Möglichkeit der staatlichen Wahlkampffinanzierung für Präsidentschaftskandidaten sowie die staatliche Finanzierung großer Abgeordnetenstäbe im Kongress und die politische Besetzung von mehr als 3.000 hohen Verwaltungspositionen auf Zeit in der Exekutive. Da die Notwendigkeit des Spenden-

sammeln für die Organisationskraft und die Fähigkeit zu effizienter Wahlkampfführung essentiell ist, sind die amerikanischen Parteien weit- aus weniger halbstaatliche Institutionen als viele europäische und insbesondere deutsche Parteien. Gerade wegen fehlender Formalmitgliedschaft und staatlich umfassender Politikfinanzierung sind die US-Parteien stärker auf die Pflege ihres Umfeldes, das sowohl aus professionellen Politikberatern, ideologischen Geldgebern wie aus einfachen Aktivisten und Unterstützergruppen besteht, sowie auf die ihnen zuneigende Wählerschaft angewiesen als die unter Kartellverdacht stehenden deutschen Parteien.²² Eine Abschottung der US-Volksparteien von ihrer Anhängerschaft wird durch die Notwendigkeit des Spendensammelns und die Begrenzung der Wahlkampfspenden für Einzelspenden auf 2.300 US-Dollar pro Wahlsaison zumindest sehr erschwert. Da die Pfründe der Regierungsübernahme aufgrund des *winner-takes-all*-Systems und des Beutepinzips bei der Besetzung wichtiger Verwaltungsämter hoch sind, gibt es einen starken Anreiz zum parteipolitischen Wettbewerb.

Programmatische Elastizität und Selbsterneuerungskraft

Innerhalb der beiden amerikanischen Volksparteien gibt es ein beachtliches programmatisches Spektrum, dessen gesamte Bandbreite insbesondere während der Vorwahlen für die Präsidentschaftskandidatur sichtbar wird. Die Volksparteien können aufgrund ihrer programmatischen Elastizität zahlreiche Ein-Punkt-Gruppierungen und deren Anliegen unter das Zelt Dach der Partei bringen. Allerdings spüren die Parteien immer wieder, dass die Loyalität der Anhänger dieser Einzelthemen und sozialen Bewegungen zu ihren Sachthemen größer ist als die Loyalität zur Partei. Daher müssen die Anhänger von Einzelthemen oder die Vertreter bestimmter Strömungen immer wieder neu mobilisiert werden – weniger aus dem Grund des Parteiwechsels, sondern eher aufgrund der Gefahr der Wahlabstinenz.

Die programmatische Elastizität amerikanischer Großparteien erklärt – zusätzlich zu institutionellen Erklärungsfaktoren wie dem Mehrheitswahlrecht –, weshalb sich trotz großer Unzufriedenheit mit den Volksparteien keine „dritten“ Parteien auf nationaler Ebene längerfristig zu etablieren vermochten. Demokraten und/oder Republikanern ist es seit den 1960er Jahren stets gelungen, die von kleineren „Drittparteien“ oder von sozialen Bewegungen aufgebrachten neuen Themen aufzunehmen und sich so immer wieder zu stabilisieren.²³

Gleichzeitig zeigt das Beispiel der US-Parteien auch, dass die populistisch anmutende Erneuerung von unten – bei den Republikanern ein Phänomen der späten 1980er und frühen 1990er Jahre, bei den Demokraten eine gegenwärtige Entwicklung²⁴ – zwar die Partei belebt, aber durch Re-Ideologisierung den Anspruch als Volkspartei des großen Zeltens zu gefährden vermag.

Vorwahlen als Revitalisierungsinstrument

Das mit Abstand wichtigste Regenerationsinstrument der US-Volksparteien ist das komplexe Gebilde der Vorwahlen. Diese haben ihre Wurzeln zwar in einer gesellschaftlichen Erneuerungsbewegung des frühen 20. Jahrhunderts (*progressive movement*), wurden flächendeckend aber erst als Reaktion auf das Debakel des Parteitages der Demokratischen Partei 1968 in Chicago eingeführt. Damals unterlag der populäre Anti-Vietnamkriegs-Kandidat Eugene McCarthy dem von den Parteioberen gekürten Vizepräsidenten (von Präsident Lyndon B. Johnson) Hubert Humphrey als Präsidentschaftskandidat. Demokratische Aktivisten demonstrierten daraufhin vor der Tagungshalle und wurden gewaltsam – vor laufenden Fernsehkameras – von der Polizei zurückgedrängt. Diese Bilder wurden zum Symbol der antidemokratischen Struktur der Demokratischen Partei. Daraufhin wurde die (George) McGovern-Kommission eingesetzt, um den Nominierungsprozess der Partei zu reformieren.

Grundsätzlich wurden Vorwahlen eingeführt, um der Parteibasis größeren Einfluss auf die Kandidatenwahl zu geben. Dabei wurde den Landesorganisationen weitgehend freigestellt, diese parteiinternen Vorwahlen zu organisieren. Manche Staaten halten so genannte „Caucuses“ ab – eine Art Wahlparty, bei der sich die anwesenden Aktivisten um die Vertreter „ihrer“ Kandidaten scharen und versuchen, andere in „ihr“ Lager zu ziehen. Am Ende des Abends wird dann ausgezählt, wer die größte Gruppe von Unterstützern in „seine Ecke“ ziehen konnte. Weniger zeitaufwendig für die Teilnehmer sind echte Vorwahlen (*Primaries*). Hier unterscheidet man zwischen „offenen“ (*open*) und „geschlossenen“ (*closed*) Vorwahlen. Bei offenen *Primaries* darf jeder registrierte Wähler mitmachen. Das heißt ein Republikaner könnte bei der Demokratischen Vorwahl den Kandidaten der Demokraten mitbestimmen. Geschlossene Vorwahlen sind reine parteiinterne Wahlen, d.h. Republikaner dürfen nur für Republikanische Kandidaten wählen und Demokraten nur für Demokraten.

Auf diese Art wird ein Teil der Delegierten zu den Nationalen Parteitag (*Conventions*) gewählt. Diese sind in der Regel *pledged*, d.h. sie haben sich (durch Ehrenwort) verpflichtet, auf dem Parteitag für „ihren“ Kandidaten zu stimmen. Um dem Einfluss dieser „Amateurdelegierten“ entgegenzuwirken, hat die McGovern-Kommission Demokratischen Parteifunktionären und Amtsträgern die Teilnahme am Parteitag garantiert, ohne dass sie sich im Vorherein auf einen Kandidaten festlegen müssen. Das sind die so genannten „Super-Delegierten“. Bei den Demokraten wurden 2008 auf diese Weise 4.049 Delegierte (davon 796 Super-Delegierte) und bei den Republikanern 2.380 (davon 168 *Super Delegates*) gewählt. In den Demokratischen Vorwahlen werden den Kandidaten Delegierte in der Regel nach dem Verhältniswahlrecht und in den Republikanischen Vorwahlen nach dem Mehrheitswahlrecht zugeordnet.

Anders als von Vorwahlskeptikern befürchtet, haben die Vorwahlen zur Kandidatenauswahl die amerikanischen Volksparteien nicht beschädigt. Sie haben auch nicht dazu geführt, dass stets die Vertreter der reinen Parteilehre Vorwahlen gewinnen und die Partei dadurch von einer allgemeinen Wählerschaft kaum zu akzeptierende Kandidaten aufstellt – eine Befürchtung, die nach der Nominierung von George McGovern zum Präsidentschaftskandidaten 1972 mehrfach geäußert wurde. Zweifellos wird gerade den Kandidaten für die Präsidentschaft durch das Vorwahlsystem ein gewisser Spagat abverlangt – in den Vorwahlen müssen sie ihre Positionen auf die Parteianhänger zuschneiden, im Hauptwahlkampf auch auf Wähler außerhalb der engeren Parteianhänger. Aber wie die Beispiele Jimmy Carter, Michael Dukakis, Bill Clinton und zuletzt Barack Obama auf Seite der Demokraten oder George H.W. Bush, Bob Dole oder nun John McCain zeigen, hat das System immer wieder als gemäßigt geltende Parteivertreter ganz nach oben gebracht. Mit Amtsinhabern geht das Vorwahlsystem meistens – aber nicht immer – sehr respektvoll um. Tritt ein amtierender Präsident oder ein amtierender Senator zur Wiederwahl an, wird er aus der Mitte der Partei höchst selten durch einen ernsthaften innerparteilichen Konkurrenten herausgefordert. Weder Bill Clinton 1996 noch George W. Bush 2004 mussten sich Vorwahlen stellen. Ausnahmen gibt es immer dann, wenn ein Amtsinhaber als schwach oder als zu sehr von der Parteilinie abweichend angesehen wird. So forderte etwa 1980 der einflussreiche Senator Edward Kennedy den amtierenden Präsidenten der Demokratischen Partei, Jimmy Carter, zu einem innerparteilichen Duell heraus, das Carter schließlich gewann.²⁵ 2006 enttäuschte der langjährige Senator des Staates Connecticut und einstige Vizepräsident-

schaftskandidat (2000) der Demokraten Joseph Lieberman die friedensbewegte Parteibasis durch seine zustimmende Haltung zum Irak-Krieg und zur Außenpolitik George W. Bushs. Was als Internetkampagne begann, endete mit dem Sieg des Anti-Kriegs-Kandidaten Ned Lamont bei der Vorwahl im August 2006. Lieberman akzeptierte die Niederlage nicht, sondern trat bei der Senatswahl im November 2006 als Unabhängiger an und gewann so seinen Sitz erneut.²⁶

Lässt sich das US-Vorwahlssystem übertragen?

Europäische Parteien scheinen sich auf höchst unterschiedliche und uneinheitliche Weise vom Beispiel der US-Vorwahlen inspirieren zu lassen. Aufgrund systembedingter Unterschiede scheiden eine Eins-zu-eins-Übernahme amerikanischer Vorwahlmodelle von Anbeginn aus. Denkbar ist indes die Anwendung von Urwahlen bei der Aufstellung von Spitzenpersonal für hohe Parteiämter und Spitzenkandidaturen oder die Befragung von Parteimitgliedern bei Sachthemen. Ob die Anwendung von Urwahlen in Europa auch bei der Aufstellung von Wahlkreiskandidaten und Parteilisten sinnvoll ist, kann der vorliegende Aufsatz nicht beantworten. Zur Gretchenfrage bei den grundsätzlichen Befürwortern von Urwahlen außerhalb der USA wird die Frage der Parteimitgliedschaft. In den USA können selbst im restriktivsten Vorwahlmodell alle Anhänger, die sich qua Registrierung zu einer der Großparteien bekennen, an den Vorwahlen teilnehmen – das sind zum Beispiel bei den Demokraten mehr als 79 Millionen Menschen landesweit.

Wäre außerhalb der USA eine Öffnung der Urwahlen über den begrenzten Kreis zahlender Parteimitglieder hinaus legitim, technisch umsetzbar und sinnvoll? Wer würde weitere Mitgliedsbeiträge bezahlen, wenn er als Nicht-Mitglied die gleichen Möglichkeiten der innerparteilichen Einflussnahme hätte? Andererseits würde eine Begrenzung der Urwahl auf Parteimitglieder und Parteiaktivisten die Gefahr, dass der Favorit der Aktivisten nicht der Favorit der allgemeinen Wählerschaft bzw. der potentiellen Parteianhänger sein müsste, sehr virulent erscheinen lassen. Wenn es also nicht nur um die Nominierung für hohe Parteiämter, sondern um die Nominierung für hohe öffentliche Ämter wie Kanzlerkandidat oder Ministerpräsidentenkandidat geht, scheint es sinnvoll, auch Nicht-Mitgliedern eine Teilnahme an der Urwahl zu ermöglichen. Allerdings müsste den Anhängern, die sich an der Auswahl beteiligen wollen, ein der Registrierung analoger Loyalitätsbeweis zur Partei unterhalb der Vollmitgliedschaft

abverlangt werden. Denkbar wäre zum Beispiel die Zahlung eines kleinen Geldbetrags, der zur Finanzierung der Vorwahl genutzt werden könnte, oder eine mehrwöchige, ebenfalls mit Gebühr zu versehende Schnuppermitgliedschaft.

Diesen Weg hat eine europäische Partei eingeschlagen, die mehr als alle anderen Parteien auf dem alten Kontinent das amerikanische Modell der großen Zeltpartei oder Sammlungsbewegung einschließlich des Urwahlprinzips zum Maßstab gemacht hat. Die erst im Oktober 2007 gegründete Demokratische Partei Italiens übernahm unter ihrem durch Urwahl bestimmten Vorsitzenden und Spitzenkandidaten Walter Veltroni²⁷ auch in der Namensgebung das Modell der ältesten Partei der USA – Demokratische Partei – und hat sich nicht für einen in der europäischen Linken gängigen Namen entschieden.

In Deutschland scheint das amerikanische Partei- und Vorwahlmodell bei den Parteiführungen seit geraumer Zeit höchst unbeliebt, bei einfachen Parteimitgliedern dagegen sehr populär zu sein. Dieses Verhaltensmuster ähnelt der Situation in den USA Ende der 1960er Jahre. So lehnte der von Mai 2006 bis September 2008 amtierende SPD-Vorsitzende Kurt Beck die Idee der Bestimmung des Kanzlerkandidaten 2009 nahezu ohne Begründung mit dem Verweis auf die bisherige *Top-Down-Praxis* ab.²⁸ Andere Gegner einer Kanzlerkandidatenvorwahl wie das SPD-Vorstandsmitglied Hermann Scheer argumentieren gegen die Urwahlidee, diese mache nur Sinn, wenn es konkurrierende Kandidaten gäbe. Seine Aussage, „das Gesundeste für die SPD ist es, wenn wir generell akzeptieren, dass der jeweilige Parteivorsitzende auch der geborene Kanzlerkandidat ist“, nimmt sich aus dem Munde eines Politikers des linken Flügels, der sich auch in eigenen Schriften für partizipatorische Demokratieformen etwa im Umweltbereich eingesetzt hat, sonderbar aus – gerade vor dem Hintergrund, dass 91 Prozent der Parteimitglieder eine Urwahlentscheidung begrüßen würden.

Festzuhalten ist, dass die Volkspartei SPD bei der Frage der Urwahl in unterschiedliche Richtungen geht. 1993 wurde der Parteivorsitzende durch eine Urwahl bestimmt. Der siegreiche Rudolf Scharping gewann mit einer relativen Mehrheit, hatte also mehr Mitglieder gegen sich als für sich und verlor als Kanzlerkandidat 1994 die Wahl gegen Helmut Kohl und 1995 den Parteivorsitz durch eine Art innerparteilichen Putsch an Oskar Lafontaine. Keiner der weiteren SPD-Vorsitzenden wurde seither

durch Urwahl bestimmt. In jüngster Zeit entschieden die Landesverbände Hessen und Thüringen, ihre Spitzenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten durch Mitgliederbefragungen, die eher den US-Parteiversammlungen als Vorwahlen ähneln, zu bestimmen. In Hessen wurde das Ergebnis der Parteiversammlungen auf Bezirksebene, aus denen der damalige Fraktionsvorsitzende Jürgen Walter sehr knapp als Sieger hervorging, durch den Nominierungsparteitag im November 2006 zugunsten der zuvor unterlegenen hessischen Landesvorsitzenden Andrea Ypsilanti revidiert. In Thüringen führte die Mitgliederbefragung zu einem eindeutigen Sieg des Parteivorsitzenden Matschie. Damit haben in der SPD bei Anwendung von urwahlähnlichen Verfahren stets die als gemäßigt einzustufenden Kandidaten gewonnen.

In der CDU scheint der Gedanke, dass der/die Parteivorsitzende(n) auf Bundes- und Landesebene auch die natürlichen Kandidaten für Spitzenämter seien, noch fester verankert zu sein als in der SPD. Je weiter der Prozess der Oligarchisierung einer Partei fortgeschritten ist, desto größer die Widerstände gegen die Einführung von urwahlähnlichen Elementen. Dieses Phänomen lässt sich besonders anschaulich anhand der Partei Bündnis 90/Die Grünen beobachten, wo sich die Spitzenkandidaten für den Wahlkampf 2009 per Akklamation selbst ernannten.

Vor dem Hintergrund der amerikanischen Erfahrungen sind Vorwahlen bzw. Urwahlen keine Verlegenheitslösung, wenn es unsichere Parteivorsitzende gibt oder mehrere Personalalternativen existieren, sondern ein Institut, welches garantiert, dass ein wie auch immer eng oder breit zu fassender Kreis von Parteimitgliedern oder Parteianhängern darüber entscheiden kann, welche Persönlichkeit die Grundüberzeugungen einer Partei bzw. konkrete Politikvorschläge am überzeugendsten als Spitzenkandidat für höchste Ämter vertreten soll. Urwahlen als solchermaßen verstandene Institution machen es erst möglich, dass Nicht-Parteivorsitzende für die Nominierung für Spitzenämter kandidieren, ohne riskieren zu müssen, als parteischädigende Spalter oder Profilneurotiker beschimpft zu werden. Wer Urwahlen politisch will und einführt, wird sich über einen Mangel an Kandidaten nur selten beklagen müssen.

Urwahlen sind für jene Teile der politischen Klasse eines Landes, die es sich in Funktionsstellen und Spitzenämtern gemütlich eingerichtet haben und die Führungsämter als Anrecht, das ihnen zusteht, auffassen, eine Provokation, da das Überraschungsmoment – zumindest potentiell –

sehr groß ist. Die jüngere Geschichte der USA ist voll von selbsternannten Parteigranden, denen die Nominierung für höchste Ämter, die in Hinterzimmern gelungen wäre, aufgrund des Vorwahlprinzips verweigert wurde – das jüngste Beispiel ist Hillary Clinton. Das Vorwahlsystem ist jedoch keine Garantie, dass sich die in der Hauptwahl stärksten Kandidaten innerparteilich durchsetzen.

Im Zeitalter dramatisch zurückgehender Mitgliedschaften bei den so genannten Volksparteien ist eine Begrenzung der Vorwahlen auf die Mitgliedschaft kaum zu rechtfertigen. Wer sich zu einer Partei bekennt und dafür einen geringen Betrag zu zahlen bereit ist, sollte an einer Vorwahl teilnehmen dürfen – wie unter anderem in Italien im Mitte-Links-Lager mehrfach praktiziert.

SCHLUSSBETRACHTUNG

Als Hauptproblem der amerikanischen Volksparteien identifizierte der vorliegende Beitrag die Abstinenz- und Vertrauenskrise. Ob es am Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts hinsichtlich der Wahlbeteiligung eine Trendwende zurück zu den Werten der Nachkriegszeit gibt, zeigt nicht zuletzt die Präsidentschaftswahl 2008. Vieles spricht indes dafür, dass sich die USA von den Werten der späten 1990er Jahre, als die Wahlbeteiligung am niedrigsten und die Entfremdung von den Institutionen der repräsentativen Demokratie am ausgeprägtesten war, zumindest vorübergehend erholt haben. Die Bindungskraft der großen Parteien scheint ihren Abwärtstrend, der nach 1964 über mehr als dreißig Jahre anhielt, zumindest aufgefangen, wenn nicht revidiert zu haben.

Auch einige Zahlen aus dem am 3. Juni 2008 beendeten Vorwahlzyklus des Präsidentschaftswahljahres 2008 deuten in diese Richtung. Nimmt man die vorliegenden Beteiligungswerte bei den Vorwahlen als Gradmesser, ist das Resultat Folgendes: Bei den Republikanern war das Rennen bereits Anfang März 2008 entschieden, so dass es keine aussagekräftigen Zahlen für den gesamten Vorwahlzyklus gibt. Die innerparteiliche Wahlbeteiligung hatte sich im Vergleich zu früheren Vorwahlzyklen bei den Republikanern nicht erhöht. Anders bei den Demokraten. Hier lag die Beteiligung bei den frühen Vorwahlen, für die es Vergleichsdaten aus früheren Wahlzyklen gibt, deutlich höher als 2000 oder 2004. Mehr als 37 Millionen Anhänger der Demokraten gaben 2008 ihre Stimmen für Barack Obama, Hillary Clinton oder einen der früher ausgeschiedenen

Kandidaten ab, was auf einen für amerikanische Verhältnisse sehr hohen Mobilisierungsgrad der Anhänger dieser Partei hinweist. Zu den wahlabsinentesten Gruppen der US-Bevölkerung zählten in der jüngeren Vergangenheit die Menschen ohne sekundären Bildungsabschluss und ohne Studium, die Wähler unter 34 Jahren sowie die mittlerweile größte nicht-weiße Gruppe, die *Hispanics*.²⁹ Was die Jungwähler angeht, so gelang der Vorwahlkampagne des später siegreichen Senators Barack Obama ein außerordentlicher Mobilisierungsschub – zumindest bei den Anhängern der Demokratischen Partei.

Doch auch weitere anekdotische Evidenz unterstützt die These, dass die Entfremdung der Bürger von der Politik – und damit auch zu den die amerikanische Politik prägenden Parteien – im Vergleich zu den späten 1990er Jahren deutlich abgenommen hat: Politik gilt 2008 in den USA zum ersten Mal seit den 1970er Jahren wieder als „sexy“ – gerade bei jungen Leuten und bei Frauen. Dies kann man unter anderem daran ablesen, dass die amerikanischen *People*-Magazine der Berichterstattung über Politikerinnen und Politiker im Frühjahr 2008 mehr Platz einräumen als den üblichen Berichten über Schauspielerhepaare, drogenabhängige Sängerinnen oder sonstige Prominente. Einblicke in das Leben der als trocken und langweilig geltenden Politiker verkaufen sich gerade bei jüngeren und weiblichen Zielgruppen mindestens so gut wie die *Home-stories* der üblichen Glamourprominenz. Auch der politikfernere Teil der Amerikaner beginnt, von der Politik nicht nur in Ruhe gelassen werden zu wollen, um unbehelligt der privaten Prosperitätsmehrung nachgehen zu können, wie dies in den 1990er Jahren der Fall war, sondern aktivere Erwartungen an die Politik zu entwickeln. Es setzt sich die Auffassung durch, dass Fragen von Krieg und Frieden politisch zu entscheidende Fragen sind, dass der Schutz vor Terror, sozialem Abstieg und unzureichendem Versicherungsschutz im Krankheitsfall sowie vor Jobverlagerungen ins Ausland von den Kräften des Marktes und der Privatwirtschaft allein nicht gewährleistet werden kann.

1| Vgl. z.B. Lösche, Peter: *Demokratische Partei und Labour Party: Konvergenzen und Differenzen*. In: Borchert, Jens u.a. (Hrsg.): *Das sozialdemokratische Modell. Organisationsstrukturen und Politikinhalt im Wandel*. – Opladen: Leske + Budrich, 1996. – S. 213-238. – (Europa- und Nordamerika-Studien; 2) und Beyme, Klaus von: *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*. – Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2000.

- 2| Decker, Frank: *Parteiendemokratie im Wandel*. In: ders. / Neu, Viola (Hrsg.): *Handbuch der deutschen Parteien*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. – S. 19-61.
- 3| Frank Decker weist zu Recht auf einige nuancierte Unterschiede zwischen den Konzepten der *Allerweltpartei* und der *Volkspartei* hin. *Die Allerweltpartei gilt dabei als die moderne nachideologische Partei, die Volkspartei als der Typus, der Restbestände der ideologischen Massenintegrationspartei in sich birgt. Angesichts der teilweisen Re-Ideologisierungstendenzen in beiden amerikanischen Großparteien, von denen noch zu sprechen sein wird, nähern sich die US-Parteien dem Volksparteientypus eher an, als sich von ihm zu entfernen*. Vgl. *ebd.*, S. 47.
- 4| Panebianco, Angelo: *Political Parties. Organization and Power*. – Cambridge: Cambridge University Press, 1988.
- 5| Vgl. Jacobson, Gary C.: *A Divider, not a Uniter. George W. Bush and the American People*. – New York: Pearson Longman, 2006.
- 6| Vgl. Lösche, Peter: *Gespaltenes Land. Die Vereinigten Staaten vor den Präsidentschaftswahlen*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 49 (2004) 8, S. 984-991 und Sabato, Larry: *Divided States of America. The Slash and Burn Politics of the 2004 Presidential Election*. – New York: Pearson Longman, 2005.
- 7| Vgl. Kolkmann, Michael: *Die Präsidentschaftswahl in den USA vom 2. November 2004. Ein knapper Sieg Bushs, aber auch ein Mandat?* In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 36 (2005) 2, S. 259-280. *Die am 7. November 2006 in den Bundesstaaten Vermont und Connecticut gewählten „unabhängigen“ Senatoren Sanders und Lieberman gehören der parlamentarischen Gruppe (caucus) der Demokraten an*.
- 8| Exemplarisch Hornig, Eike Christian: *Forza Italia zwischen Volks- und Kartell-Partei. Ein Beispiel für Anwendungs-, nicht Theorie-defizite in der Parteienforschung*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 38 (2007) 4, S. 798-815.
- 9| Katz, Richard S. / Mair, Peter: *The Evolution of Party Organizations in Europe: The Three Faces of Party Organization*. In: *The American Review of Politics*, 14 (1993) 1, S. 593-617.
- 10| *Das Mehrheitswahlrecht muss indes nicht zwangsläufig in ein Zwei-Parteien-System münden, wenngleich dies in den USA der Fall ist. Wie das kanadische Beispiel zeigt, schließt das Mehrheitswahlrecht die landesweite Präsenz kleiner Parteien, die in ihren regionalen Hochburgen durchaus Volksparteiencharakter besitzen, keineswegs aus, wie z.B. die frankophone Partei des Bloc Quebecois in Kanada zeigt. Zudem existieren in beiden Staaten kleinere, aber in den meisten Landesteilen vertretene Weltanschauungsparteien, die in der Regel aber keine ernsthafte Aussicht auf Regierungsbildung oder Regierungsbeteiligung auf Bundesebene besitzen. Historisch existierten in beiden nordamerikanischen Staaten Regionen von geographisch beachtlicher Größe, in denen es de facto keinen echten Parteienwettbewerb gibt und die jahrelang von Hegemonialparteien geprägt wurden, die wiederum Gliederungen der landesweiten Zeltparteien sind*.
- 11| *Tatsächlich hat es z.B. in Kanada während der vergangenen 25 Jahre erfolgreiche regionale Ausgründungen im Westen des Landes und in Quebec gegeben. Beide Ausgründungen gingen zunächst allein zu Lasten der ehemaligen Volkspartei Progressive Conservative Party of Canada (PCP): Die 1988 in Westkanada gegründete Reformpartei nannte sich 2000 in Canadian Alliance um und vereinigte sich 2003/2004 mit den Resten der PCP zur Conservative Party of Canada (CPC). Die 1990 ausgegründete frankophone Regionalpartei Bloc Quebecois ist dagegen bis heute im kanadischen Unterhaus vertreten. In den USA liegen regionale Ausgründungen im Süden des Landes (Dixiecrats) deutlich mehr als ein Vierteljahrhundert zurück*.

- 12| Die Landespolitik ist in den USA zwar ein wichtiges Trainingsgelände für spätere Spitzenpolitiker auf Bundesebene – insbesondere für Senatoren und Präsidentschaftskandidaten, – eine parteipolitische Instrumentalisierung der Landespolitik durch die Parteileitung im Bund ist im nordamerikanischen Konkurrenzföderalismus aber so gut wie ausgeschlossen.
- 13| Vgl. Jacobson: *A Divider, not a Uniter*. – (Fn. 5).
- 14| Zur in den USA kontrovers diskutierten Frage, wie tief die politische Polarisierung fortgeschritten sei, vgl. u.a. Nivola, Pietro S. / Brady, David W. (Hrsg.): *Red and Blue Nation? Volume One: Characteristics and Causes of America's Polarized Politics*. – Washington DC: Brookings Institution Press, 2006.
- 15| Vgl. u.a. Pharr, Susan J. / Putnam, Robert D. (Hrsg.): *Disaffected Democracies. What's Troubling the Trilateral Countries?* – Princeton: Princeton University Press, 2000 und Biezen, Ingrid van / Saward, Michael: *Democratic Theorists and Party Scholars. Why They Don't Talk to Each Other, and Why They Should*. In: *Perspectives on Politics*, 6 (2008) 1, S. 21-35.
- 16| Innerhalb der Staaten mit gefestigter Demokratie befindet sich die US-Wahlbeteiligung klar im letzten Teil des unteren Drittels und wird lediglich von der Schweiz unterboten. Nimmt man nicht alle Wahlberechtigten, sondern nur die registrierten Wähler der USA als Referenzgröße für hundertprozentige Wahlbeteiligung, so wählen in den USA heute zwischen 67 und 75 Prozent der registrierten Wähler. Damit befinden sich die USA hinsichtlich der Wahlbeteiligung in der Nachbarschaft von Demokratien wie Kanada, Finnland, Großbritannien, Irland, Japan, Spanien, Israel und der Schweiz. Vgl. Jillson, Calvin C.: *American Government. Political Change and Institutional Development*. – 4. Aufl. – New York u.a.: Routledge, 2008. – S. 190-191.
- 17| Die folgenden Angaben beziehen sich auf Umfragen von ABC News, Harris Poll und den National Election Studies aus den Jahren 2003 bis 2005. Zitiert nach ebd., S. 165-168.
- 18| Hershey, Marjorie R.: *Party Politics in America*. – 12. Aufl. – New York: Pearson Longman, 2007. – S. 112-115.
- 19| Vgl. Ladner, Andreas: *Die Rolle der Parteien in der Mediengesellschaft*. In: Jarren, Otfried u.a. (Hrsg.): *Entgrenzte Demokratie? Herausforderungen für die politische Interessenvermittlung*. – Baden-Baden: Nomos, 2007. – S. 76.
- 20| Vgl. Katz, Richard S. / Mair, Peter: *Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party*. In: *Party Politics*, 1 (1995), S. 5-28 und Helms, Ludger: *Die „Kartellparteien“-These und ihre Kritiker*. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 42 (2001) 4, S. 698-708.
- 21| Siehe Hornig: *Forza Italia*. – (Fn. 8) für den Versuch der Anwendung des Kartellpartei-Konzepts auf eine vergleichsweise neue Partei, die Forza Italia.
- 22| Vgl. u.a. Helms: *„Kartellparteien“-These*. – (Fn. 20).
- 23| Die real existierenden Drittparteien wie die Green Party oder die Libertarian Party spielen bei der Besetzung von Wahlämtern faktisch keine Rolle. Der letzte Versuch, eine elektoral aussichtsreiche Drittpartei auf nationaler Ebene zu etablieren, stammt aus den 1990er Jahren. 1992 und 1996 gelang es dem unabhängigen Präsidentschaftskandidaten Ross Perot, 19 Prozent bzw. 9 Prozent der nationalen Stimmen auf sich zu vereinigen. Dennoch gelang es ihm nicht, einen Bundesstaat und damit „Wahlmänner“ zu gewinnen. Die Gründung der „Reform Party“ führte ebenfalls nicht zur Eroberung von Kongressmandaten. Zwischen 1998 und 2002 gelang es einem Kandidaten der Reform Party, dem ehemaligen Ringkämpfer Jesse Ventura, den Gouverneursposten von Minnesota zu besetzen.
- 24| Vgl. Bai, Matt: *The Argument. Billionaires, Bloggers, and the Battle to Remake Democratic Politics*. – New York: Penguin Books, 2007.

- 25| Ob Carter seine Wiederwahl im November 1980 gegen Ronald Reagan verlor, weil er durch die innerparteiliche Herausforderung geschwächt war oder ob die Niederlage beweist, dass Kennedy Carters Chancen zu Recht als schlecht eingeschätzt und einen stärkeren Kandidaten gefordert hatte, ist bis heute unstritten.
- 26| Vgl. Bai: *The Argument*. – S. 257-282. – (Fn. 24).
- 27| Zum Partito Democratico (PD) fusionierten im Oktober 2007 acht Parteien, von denen die ehemaligen Linksdemokraten mit Abstand die größte war. Mehr als 75 Prozent der Parteimitglieder der Linksdemokraten stimmten für die Fusion und Neugründung der Sammlungspartei. Mehr als drei Millionen Menschen beteiligten sich am 14. Oktober 2007 an der Urwahl für das Amt des Parteivorsitzenden. In einem Kandidatenfeld von sieben Bewerbern erhielt der siegreiche ehemalige Bürgermeister von Rom, Walter Veltroni, 75 Prozent der Stimmen. Die DP verfügt über eine Mitgliedschaft von rund einer Million Menschen. Mit 37,6 Prozent der Stimmen konnte die DP bei den Parlamentswahlen 2008 rund 6 Prozent mehr Stimmen erreichen als die kombinierte Stimmzahl ihrer wichtigsten Vorgängerparteien 2006.
- 28| Alle folgenden Angaben beziehen sich auf „Beck lehnt Urwahl ab.“ In: *Süddeutsche Zeitung* vom 29./30. März 2008, S. 8.
- 29| Weit überdurchschnittlich ist dagegen die Wahlbeteiligung der Wähler mit Hochschulabschluss ab Bachelor-Abschluss, der Wähler über 45 Jahre sowie der weißen Amerikaner sowie jüngst der Frauen gegenüber Männern. Vgl. Department of Commerce, Bureau of the Census: *Statistical Abstract of the United States*. – Washington DC: Government Printing Office, 2007. – S. 256.